

Vier Zivilisten auf Jolo getötet

Philippinische Armee setzt Offensive gegen Abu Sayyaf fort – Kritik aus Frankreich und Deutschland

ZAMBOANGA: Nach den jüngsten heftigen Gefechten zwischen philippinischen Truppen und Moslemextremisten auf Jolo wächst die Sorge um das Leben der 19 Geiseln, die sich noch in der Hand der Abu Sayyaf befinden.

«Wir haben sie noch nicht aufgegeben», sagte der Pressesprecher des philippinischen Präsidenten, Ricardo Puno, am Montag. Man hoffe, dass «viele von ihnen» gerettet werden könnten. Die Angriffe auf Stellungen der Abu Sayyaf gingen unterdessen weiter. Bei den Kämpfen wurden nach offiziellen Angaben mindestens vier Zivilisten und acht Abu-Sayyaf-Mitglieder getötet. 20 Extremisten seien verhaftet worden, hiess es.

Versteckt gestürmt

Seit dem Beginn der Offensive am Samstag hat die Armee zwei Hauptlager und mehrere kleinere Verstecke der Abu Sayyaf gestürmt. Von den Geiseln – zwei Franzosen, einem Amerikaner, drei Malaysiern und 13 Philippinern – fehlte jedoch weiter jede Spur. Rund 5000 Dorfbewohner auf der



Die philippinischen Militärtruppen bereiten den vierten Tag der Offensive gegen die Moslemextremisten vor. (Bild: Keystone)

südphilippinischen Insel Jolo flohen vor den Gefechten in die Hauptstadt. Sanitäter befürchteten, dass viele verletzte Zivi-

listen innerhalb des militärischen Rings eingeschlossen waren, den die Streitkräfte rund um die Lager der Abu

Sayyaf errichtet hatten. Sie forderten einen mehrstündigen Waffenstillstand, um die Verwundeten medizinisch versor-

gen, beziehungsweise aus dem Kampfgebiet evakuieren zu können.

Flucht mit Schnellbooten?

Nach Angaben des Gouverneurs Abdusakur Tan flohen einige Abu-Sayyaf-Rebellen in Richtung Küste, um von der Insel zu entkommen. Die Regierung hat Verkehrs- und Telefonverbindungen nach Jolo unterbrochen, aber es wurde vermutet, dass die Extremisten im Besitz mehrerer Schnellboote sind und mit diesen flüchten wollen.

Ende nicht in Sicht

General Narciso Abaya sagte, die Offensive werde voraussichtlich bis zu sechs Tage dauern. Frankreich, Deutschland und Malaysia zeigten sich besorgt, dass der Militärschlag das Leben der Geiseln gefährden könnte.

Der amtierende Aussenminister Franklin Ebdalin wies die Kritik zurück. «Unsere Antwort darauf ist, dass die philippinische Regierung die Entscheidung in Anbetracht dessen getroffen hat, dass alle Verhandlungswege ausgeschöpft sind und kein Ende des Kreislaufs der Geiselnahme in Sicht scheint», sagte Ebdalin.

NACHRICHTEN

Haus des Juntaführers unter Beschuss

ABIDJAN: An der Elfenbeinküste ist am Montagmorgen das Haus von Juntaführer General Robert Guei beschossen worden. Wie es hiess, griff eine bewaffnete Gruppe in Zivilkleidung das Haus an. Ein Soldat wurde getötet und vier verletzt. Auch in anderen Stadtteilen von Abidjan waren Schüsse zu hören. Hintergrund sind möglicherweise Streitigkeiten im Militär um Bezahlungen. Vielen Soldaten war Geld geboten worden, damit sie den Putsch von Guei am 24. Dezember unterstützten.

Atomreaktor reduziert Leistung

KIEW: Die Leistung eines ukrainischen Atomreaktors im Kraftwerk Riwna ist nach einem Störfall um 50 Prozent reduziert worden, wie die Behörden am Montag mitteilten. Ein Generator im einzigen arbeitenden Reaktor sei am Sonntag abgeschaltet worden, hiess es. Radioaktivität sei nicht freigesetzt worden. Derzeit produzieren elf von 14 Reaktoren in den fünf Atomkraftwerken 40 Prozent des Stroms des Landes.

USA drohen Indonesien mit Sanktionen

JAKARTA: US-Verteidigungsminister William Cohen hat Indonesien im Zusammenhang mit der instabilen Lage in der Provinz West-Timor mit Wirtschaftssanktionen gedroht. Diese könnten verhängt werden, wenn die Regierung in Jakarta nicht innerhalb von drei Wochen damit beginne, die pro-indonesische Milizen zu entwaffnen, die West-Timor terrorisieren. Cohen äusserte sich am Montag nach einem Gespräch mit Präsident Abdurrahman Wahid in Jakarta. Bei einem Milizen-Übergriff waren am 6. September drei ausländische UNO-Mitarbeiter in West-Timor ums Leben gekommen.

Training für «Kursk»-Bergung

MOSKAU: Russische Taucher sollen im Ausland auf die Bergung des gesunkenen Atom-U-Boots «Kursk» vorbereitet werden. Wie der stellvertretende russische Ministerpräsident Ilya Klebanow mitteilte, reisen die Taucher heute zum Training nach Norwegen oder Schottland. Er widersprach Berichten, wonach sich die ursprünglich bereits für das Wochenende angesetzte Reise auf Grund von Unstimmigkeiten über die Finanzierung verzögert habe. Das Projekt sei im Zeitplan, betonte Klebanow. Noch nicht entschieden ist, ob zuerst die Leichen und anschließend das Wrack geborgen werden oder ob beides gleichzeitig versucht wird.

EU-Aussenminister gegen Milosevic

Aussenminister locken serbische Bevölkerung mit Vergünstigungen

BRÜSSEL: Die Länder des westlichen Balkans erhalten einen verbesserten Marktzugang zur Europäischen Union (EU). Darauf einigten sich die EU-Aussenminister gestern in Brüssel. Die Minister sprachen sich auch für eine Regimeänderung in Jugoslawien aus.

Vom verbesserten Marktzugang profitieren etwa 95 Prozent der Exporte Albaniens, Bosniens, Herzegowinas, Kroatiens, Mazedoniens sowie der autonomen jugoslawischen Provinz Kosovo unter UNO-Übergangsverwaltung. Ausgenommen von der Handelsliberalisierung

sind laut EU-Diplomaten Wein sowie Fleisch- und Fischprodukte. Für Industrieprodukte soll es hingegen keine Zölle oder sonstige Beschränkungen geben.

Die Handelserleichterungen sind laut Diplomaten ein Signal für die Länder der Region, die vielfach mit wirtschaftlichen Problemen kämpfen. Die EU sei bereit, sich in Richtung einer Freihandelszone zu bewegen, sagte ein EU-Diplomat.

In der Region müssten aber grundlegende Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte geachtet werden, hiess es. Auch müssten die Länder untereinander wirtschaft-

liche Beziehungen entwickeln.

Gegen Milosevic

Gleichzeitig forderten die Aussenminister die serbischen Wähler auf, bei den Wahlen in Jugoslawien an diesem Sonntag (24. September) ihre Stimme gegen das Regime von Präsident Slobodan Milosevic abzugeben. Sollte es eine politische Wende in der Bundesrepublik Jugoslawien geben, könnte es verschiedene Vergünstigungen geben, heisst es in einem in Brüssel bekannt gewordenen Erklärungsentwurf der Minister. Serbien wird in dem Text Wirtschafts- und Wiederaufbauhilfe

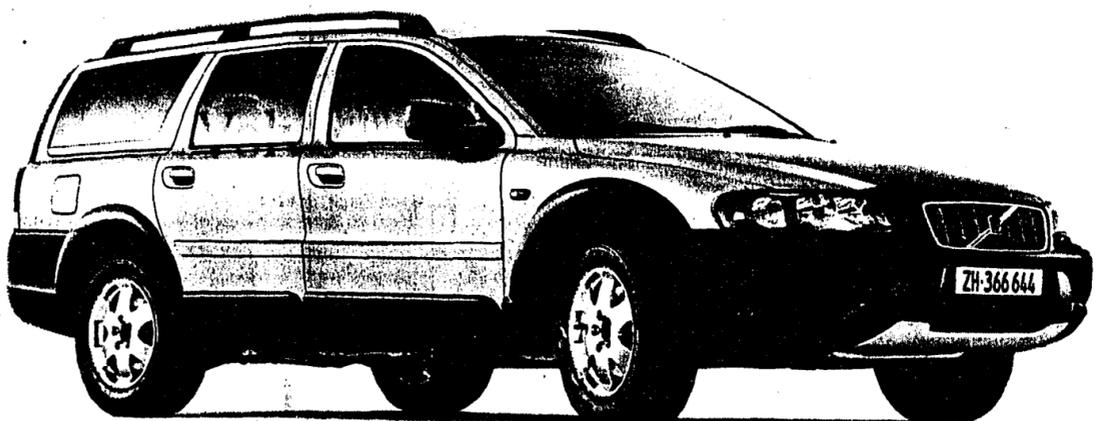
sowie eine Wiedereingliederung in die internationale Gemeinschaft in Aussicht gestellt.

Reformen

Die Aussenminister der 15 EU-Staaten befassen sich zudem mit dem Stand der EU-Reformen als Vorbereitung für die Aufnahme zwölf neuer EU-Mitglieder ab 2003. In diesem Zusammenhang geht es auch um den Stand der Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten Ost- und Mitteleuropas sowie dem Mittelmeerraum. Ebenfalls wollen die EU-Aussenminister über die philippinische Militäroffensive gegen Stellungen der Rebellengruppe Abu Sayyaf sprechen.

WER SAGT DENN, NATURBURSCHEN HÄTTEN KEINE MANIEREN?

Der neue Volvo Cross Country: Er meistert üble Pisten genauso souverän wie lange Autobahnstrecken. Erstere dank permanentem Allradantrieb, Visco-Kupplung, Traktionskontrolle und viel Bodfreiheit. Letztere dank einem Turbo-Motor mit 147kW (200 PS), Klimaanlage, Geschwindigkeitsregelanlage und, auf Wunsch, das RTI-Navigationssystem. Ebenfalls an Bord: eines der führenden Sicherheitssysteme der Welt. Besorgen Sie sich eine gute Karte und starten Sie zu einer Probefahrt. WWW.GETAWAYVOLVOCARS.CH



VOLVO
for life